Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4908
14. 06. 96

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 19. Juni 1996

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Dr. Babel, Gisela (F.D.P.)	26, 27
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Behrendt, Wolfgang (SPD)	44, 45
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	6
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	28, 29
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Caspers-Merk, Marion (SPD)	30, 31
Conradi, Peter (SPD)	75, 76
Duve, Freimut (SPD)	67, 68
Erler, Gernot (SPD)	59, 60
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	42, 43
Gansel, Norbert (SPD)	15, 77
Grasedieck, Dieter (SPD)	49, 50
Hartenbach, Alfred (SPD)	61, 62
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	2, 3
Hilsberg, Stephan (SPD)	51, 52
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	46, 56
Kastner, Susanne (SPD)	13, 14
Kirschner, Klaus (SPD)	32, 33
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	38, 39
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	18, 19
Kubatschka, Horst (SPD)	20, 53
Kuhlwein, Eckart (SPD)	71, 72
von Larcher, Detlev (SPD)	65, 66
Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	17
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	69, 70
Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57
Dr. Lucyga, Christine (SPD)	11, 12
Özdemir, Cem (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81
Dr. Pfaff, Martin (SPD)	34, 35
Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55
Rehbock-Zureich, Karin (SPD)	4, 5
Reichardt, Klaus Dieter (Mannheim) (CDU/CSU)	21, 22
Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	36, 37
Schmidt, Ursula (Aachen) (SPD)	1, 16
Schwanitz, Rolf (SPD)	9, 10
Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelie (SPD)	63, 64
Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 58
Thönnes, Franz (SPD)	47, 48
Vergin, Siegfried (SPD)	73, 74
Wallow, Hans (SPD)	23, 24
Dr. Wodarg, Wolfgang (SPD)	40, 41

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete **Ursula Schmidt (Aachen)** (SPD)

Wann trägt die Bundesregierung dem Votum des Deutschen Bundestages vom 8. Oktober 1992 im Hinblick auf den Versorgungsausgleich bei Scheidung von Beamtenehepaaren dahin gehend Rechnung, daß innerhalb der Beamtenversorgung beispielsweise durch Einführung einer Realteilung den betroffenen Ausgleichsberechtigten, in der Regel Frauen, zukünftig eine Invaliditätssicherung oder vorzeitige Altersrente gewährt werden kann, wie es auch in den anderen Versorgungssystemen praktiziert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Liegen der Bundesregierung Informationen vor, die die Aussagen eines Berichts in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10. Juni 1996 zu BSE bestätigen, nach denen britische Bauern – trotz des europaweit geltenden Verfütterungsverbots von Tiermehl an Wiederkäuer – weiterhin Tiermehl an ihre Rinder verfüttern?

3. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Beabsichtigt die Bundesregierung, sich für die europaweite bzw. nationale Einführung einer generellen Untersuchungspflicht von Futtermitteln und Tiermehlen einzusetzen bzw. einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

4. Abgeordnete **Karin Rehbock-Zureich** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß entgegen den Abmachungen von 1984 eine neue Flugplankonzeption des Flughafens Zürich-Kloten dazu führt, daß die Landepiste 16 nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung steht, folglich Anflüge fast ausschließlich über Piste 14, d. h. über deutsches Gebiet, erfolgen?

5. Abgeordnete
Karin Rehbock-Zureich
(SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung, um die Folgen der zusätzlichen Lärmbelästigung für die Bevölkerung im Kreis Waldshut zu mindern?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die von Staatsminister Bernd Schmidbauer in der Fragestunde am 12. Juni 1996 gegebene Antwort (Plenarprotokoll 13/109, S. 9629A), wonach an den Beisetzungsfeierlichkeiten von Willy Brandt der damalige griechische Ministerpräsident nicht teilgenommen habe, zu überprüfen und ggf. richtigzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordnete
Annelie Buntenbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit treffen nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Berichte der ARD-Tagesschau und -Tagesthemen vom 24. Mai 1996 zu, wonach das Bundesamt für Verfassungsschutz seit dem Frühjahr 1995 seinen mutmaßlichen V-Mann, den mit Haftbefehl gesuchten Neonazi Thomas Lemke, bei einer Quelle des Amtes versteckte – mutmaßlich Lemkes wegen Beteiligung an einem Mord verdächtigter Freundin Bianca Weidemann (vgl. DER SPIEGEL 20/1996 S. 71, 90) – und Thomas Lemke erst nach einem Jahr am 17. März festnehmen ließ, nachdem dieser mindestens zwei Menschen getötet hatte, und welche Angaben kann die Bundesregierung über den jeweiligen Zeitpunkt und die Art der seit dem Frühjahr 1995 erfolgten Hinweise auf Thomas Lemkes Taten und Aufenthaltsort sowie Festnahmeersuchen geben, welche den zuständigen Polizeidienststellen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt wurden?

8. Abgeordnete
Annelie Buntenbach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit treffen nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Berichte der ARD-Tagesschau und -Tagesthemen vom 24. Mai 1996 zu, wonach der Generalbundesanwalt bereits im Dezember 1994 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz folgenlos um Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die durch das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz umfangreich observierten mutmaßlichen Terroristen der Antiimperialistischen Zellen (AIZ) Steinmann und Falk ersucht wurde und nach zahlreichen im Jahre 1995 quasi unter den Augen des Verfassungsschutzes begangenen Anschlägen erst am 26. Februar 1996 einen Haftbefehl gegen die zwei Verdächtigen ausstellte, und inwieweit trifft es weiterhin zu, daß die Bewegungen und Aktivitäten der zwei Verdächtigen mindestens seit Anfang Dezember 1995 durch das Bundeskriminalamt oder Bundesamt für Verfassungsschutz auch mit Hilfe moderner Peiltechnik abgebildet und verfolgt werden konnten?

9. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die (Projekt-)Förderung der Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft (UOKG) ab Ende 1997 einstellen will, und beabsichtigt die Bundesregierung, ab diesem Zeitpunkt auch die (institutionelle) Förderung für die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) einzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

10. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)

Mit Bundesmitteln in welcher Höhe wurden seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland Organisationen zur Vertretung der Interessen NS-Verfolgter institutionell bzw. projektbezogen gefördert, und plant die Bundesregierung, mit Ablauf des Jahres 1997 auch die Förderung dieser Organisationen einzustellen?

11. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß beim Verkauf der Deutschen Kreditbank AG an die Bayerische Landesbank auf Verlangen der Käuferin die kommunalen Altschulden aus dem zum Verkauf stehenden Kreditvolumen herausgelöst wurden, und wenn ja, mit welcher Begründung von seiten der Käuferin?

12. Abgeordnete **Dr. Christine Lucyga** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für denkbar, daß die Bayerische Landesbank die strittigen kommunalen Altschulden nicht übernehmen wollte, weil rechtliche Grundlagen für diese Forderungen des Bundes äußerst zweifelhaft bzw. gar nicht vorhanden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

13. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Entwurf zur Änderung des Kartellgesetzes, und welchen Einfluß hätte die Abschaffung geschlossener Wasserversorgungsgebiete durch die vorgesehene Streichung der Ausnahmeregelung des § 103 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf den wasserwirtschaftlichen Ordnungsrahmen, der z. Z. grundsätzlich einen flächendeckenden Gewässerschutz und eine qualitativ hochwertige und sichere Trinkwasserversorgung für alle gewährleistet?

14. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

Wie soll nach Meinung der Bundesregierung bei Unzulässigkeit der Konzessionsverträge zwischen Kommunen und Wasserversorgungsunternehmen und der Demarkationsverträge zwischen Wasserversorgungsunternehmen verhindert werden, daß deutsche Wasserversorgungsunternehmen wegen der Gewässerschutz- und Wassersparmaßnahmen der Verpflichtung zu flächendeckender Versorgung sowie des Wegfalls von Großkunden höhere Trinkwassergebühren nehmen müssen als z. B. französische Wasserunternehmen, die mit chemischen Wasseraufbereitungsfabriken Industriekunden kostengünstiger versorgen können, und wie verträgt sich dies mit den Bestrebungen, den Anstieg der Gebühren für die Verbraucher zu beschränken?

15. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Welche Projekte sind in welcher Höhe aus Mitteln der Wirtschaft in der Volksrepublik China in den vergangenen beiden Jahren gefördert worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

16. Abgeordnete **Ursula Schmidt (Aachen)** (SPD)

In wie vielen Fällen wird pro Jahr bei der gesetzlichen Rentenversicherung ausgleichsberechtigten geschiedenen Beamten der Anspruch auf Invaliditätssicherung oder vorzeitige Altersrente versagt, weil diese die hierfür maßgeblichen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen können, und trifft es zu, daß hiervon nahezu ausnahmslos Frauen betroffen sind?

17. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Begutachtungspraxis der Medizinischen Dienste der Krankenkassen bundesweit zu vereinheitlichen angesichts der Tatsache der unterschiedlichen Ergebnisse bei der Feststellung der Pflegestufe III durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen in Westfalen-Lippe mit 15,7% der Antragsteller, und im Bezirk Nordrhein mit dagegen 33,4%, und wie gedenkt sie, vor diesem Hintergrund auf die Ergebnisse in Westfalen-Lippe zu reagieren?

18. Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)

Welche haushaltsmäßigen Auswirkungen wird es bei einer Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung (Drucksache 13/4610) nach Einschätzung der Bundesregierung haben, daß die geplante Festlegung, bis zum Jahre 2000 das Ausgabenvolumen für beschäftigungsfördernde Maßnahmen in den neuen Bundesländern schrittweise an das West-Niveau anzugleichen, „entsprechend der Arbeitslosenentwicklung" erfolgen soll?

19. Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)

Wird die Einschränkung „entsprechend der Arbeitslosenentwicklung" bei dieser geplanten Festlegung nach Auffassung der Bundesregierung bei Umsetzung des Programms dazu führen, daß es nicht zu einem Rückgang beschäftigungsfördernder Maßnahmen in den neuen Bundesländern kommt, wenn die Arbeitslosenzahlen 1997 im Osten Deutschlands gleich hoch bleiben oder ansteigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

20. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Wird die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg in der Streitsache „Waschplatz und Tankstelle auf dem Luft-/Bodenschießplatz Siegenburg" in die Berufung gehen, und welche Kosten sind bisher durch den Rechtsstreit für die Bundesrepublik Deutschland entstanden?

21. Abgeordneter **Klaus Dieter Reichardt (Mannheim)** (CDU/CSU)

In welchem Zeitraum wurden im Zuge der deutschen IFOR-Beteiligung wie viele Exemplare des Minenräumpanzers „Keiler" zum Einsatz gebracht?

22. Abgeordneter **Klaus Dieter Reichardt (Mannheim)** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse und welche Erfahrungen wurden dabei für weitere Einsätze in der Zukunft erzielt?

23. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Für wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums der Verteidigung (incl. der abkommandierten Soldatinnen und Soldaten und der abgeordneten Beamten) werden am zweiten Dienstsitz in Berlin entsprechend der Raumbedarfsermittlung Arbeitsmöglichkeiten vorgehalten werden?

24. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Wieviel Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Presse- und Informationsstabes des Planungsstabes, des Kabinettreferates, des Ministerbüros, der Adjutantur, des Protokolls, der Hauptabteilung Rüstung, des Militärischen Nachrichtenwesens, der Büros der Staatssekretäre/Staatssekretärinnen und des Generalinspekteurs der Bundeswehr werden im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung an den zweiten Dienstsitz Berlin verlegt werden?

25. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auskunft kann die Bundesregierung nach dem kürzlichen Absturz eines Bundeswehr-Hubschraubers in Dortmund geben über Art und Zeitpunkt der von ihr bereits unternommenen, zugesicherten oder noch geplanten Maßnahmen gegenüber den Angehörigen der 13 Todesopfer

– wie etwa psychosoziale und materielle Hilfsangebote in eingetretenen Notlagen, Auskehrung von Schadensersatz und Schmerzensgeld usw. – sowie über den Grad und Grund der Gewißheit, mit der die Bundeswehr einen Fehler des Piloten öffentlich ausschließt, obwohl der einzige Überlebende angibt, der Pilot habe die Maschine kurz vor dem Absturz zweimal scharf in die Höhe gezogen (vgl. DER SPIEGEL vom 10. Juni 1996), und welche Konsequenzen zieht die Bundeswehr aus diesem Unglück und vorangegangenen ähnlichen Unglücken, insbesondere hinsichtlich künftiger Kunstflug-Vorführungen oder Freiflügen der Bundeswehr bei Flugschauen oder anderen Großveranstaltungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

26. Abgeordnete **Dr. Gisela Babel** (F.D.P.)

Wie viele Untätigkeitsklagen gegen das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat es im Zusammenhang mit der Zulassung in der Vergangenheit gegeben?

27. Abgeordnete **Dr. Gisela Babel** (F.D.P.)

Wie viele Untätigkeitsklagen gegen das BfArM sind z. Z. anhängig?

28. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Wie hoch waren 1990, 1991, 1992, 1993, 1994 und 1995 die Ausgaben für Gesundheit, aufgeschlüsselt nach folgenden Ausgabeträgern öffentliche Haushalte, gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, gesetzliche Unfallversicherung, private Krankenversicherung, Arbeitgeber und private Haushalte in Prozenten?

29. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Wie hoch war der Anteil der Gesundheitsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland am Bruttosozialprodukt im internationalen Vergleich in den Jahren 1991, 1992, 1993, 1994 und 1995?

30. Abgeordnete **Marion Caspers-Merk** (SPD)

Seit wann liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über besorgniserregende Phtaletkonzentrationen in Babynahrung und Blutkonserven vor, und welche Konsequenzen wurden aus diesen Erkenntnissen gezogen?

31. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)

Trifft es nach Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß die als Weichmacher in PVC verwendeten Phtalsäureester sich in Lebensmitteln und Blutkonserven wiederfinden, und wenn ja, wann wird die Bundesregierung tätig und ordnet eine Substitution von PVC in diesen Bereichen an?

32. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)

Wie ist der Stand der Umsetzung der im Gesundheitsstrukturgesetz getroffenen Regelungen zur Kosten- und Leistungstransparenz in den einzelnen Leistungsbereichen?

33. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)

Trifft es nach Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß ein Abrechnungsvolumen in Höhe von monatlich rd. 1 Mrd. DM von nahezu 60% aller bundesdeutschen Apotheken von den Krankenkassen ungeprüft beglichen werden muß, da die zur Prüfung notwendigen Daten nicht, wie ab 1. Januar 1996 nach den §§ 295ff. SGB V gesetzlich vorgesehen, bereitgestellt werden?

34. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)

Was hat den Bundesminister für Gesundheit veranlaßt, die gesetzlich vorgesehene Vorausschätzung nach § 270a SGB V über die im laufenden Kalenderjahr je Mitglied zu erwartende durchschnittliche Veränderungsrate der zu erwartenden beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder aller Krankenkassen bis zum 15. Februar nicht, wie im Gesetz verbindlich vorgesehen, im Bundesanzeiger bekanntzugeben?

35. Abgeordneter
Dr. Martin Pfaff
(SPD)

Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß der Grundsatz der Beitragsstabilität von den Selbstverwaltungspartnern eingehalten wird, wenn es keine verbindliche Vorausschätzung der Grundlohnentwicklung entsprechend der gesetzlichen Vorgabe des § 270 a SGB V gibt?

36. Abgeordneter
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
(SPD)

Ist es zutreffend, daß das Bundesministerium für Gesundheit mit Schreiben vom 11. September 1995 an die Minister und Senatoren für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Auffassung vertritt, daß die Umsetzung der Transparenzregelungen nach §§ 295ff. SGB V von zentraler Bedeutung für die zukünftige Ausgabensteuerung in der gesetzlichen Krankenversicherung ist, da nur durch diese Regelungen die Datenbasis geschaffen werden kann, die notwendig ist, um die Instrumente zur Ausgabensteuerung, z. B. zur flankierenden Steuerung der Arzneimittelbudgets, einsetzen zu können?

37. Abgeordneter
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
(SPD)

Wie glaubt das Bundesministerium für Gesundheit, sollen Krankenkassen und kassenärztliche Vereinigungen die zum Arzneimittelbudget notwendigen flankierenden Steuerungsinstrumente zum Einsatz bringen, wenn hierfür die großen Rechenzentren ca. 60% der Daten nicht bereitstellen können?

38. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß nach den erheblichen Verzögerungen in den letzten Monaten bei der Umsetzung der im Gesundheitsstrukturgesetz getroffenen Regelungen zur Kosten- und Leistungstransparenz eine Umsetzung nunmehr im Laufe dieses Jahres gewährleistet ist?

39. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)

Wird das Bundesministerium für Gesundheit auf die Einhaltung der gesetzlichen Regelung des § 303 Abs. 3 SGB V drängen, wonach bei der Nichtanwendung der Transparenzregelungen nach §§ 295ff. SGB V hinsichtlich der Angabe und Übermittlung von Abrechnungsdaten vom 1. Januar 1996 die Krankenkassen Abrechnungen von Apotheken und Apothekenrechenzentren nur begleichen dürfen, wenn die unvollständigen Abrechnungsdaten auf elektronischen Datenträgern bereitstehen?

40. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Wodarg
(SPD)

Hält die Bundesregierung die Verschiebung der Einführung des Diagnoseschlüssels ICD 10 durch eine Rahmenvereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der Krankenkassen, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Deutschen Krankenhausgesellschaft für gesetzeskonform, wenn ja, warum, wenn nein, warum nicht?

41. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Wodarg
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach eine Verschiebung der Einführung des Diagnoseschlüssels ICD 10 in rechtlich zulässiger Weise nur durch Gesetz erfolgen kann, und wenn ja, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ziehen, wenn nein, warum zieht sie keine Konsequenzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

42. Abgeordneter
Erich G. Fritz
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Unternehmen, die nach der EG-Umwelt-Audit-Verordnung validiert wurden und damit wesentliche Prüfsachverhalte staatlicher Betriebsüberwa-

chung transparent gemacht haben, von Mitteilungs- und Berichtspflichten zu entlasten oder in anderen Intervallen zu prüfen als nicht validierte Unternehmen (dies könnte z. B. zutreffen für Emissionserklärungen gemäß § 27 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes [BImSchG] und der Elften Bundes-Immissionsschutzverordnung [BImSchV], Mitteilungspflicht gem. §§ 16 und 52a BImSchG, Anzeigepflicht gem. § 31 des Wasserhaushaltsgesetzes, Abwasser- und Abfallstatistik gemäß Umweltstatistikgesetz, Grundwasserabgabe gem. hessischem Grundwasserabgabengesetz, Sonderabfallabgabe gemäß Abfallabgabengesetz)?

43. Abgeordneter **Erich G. Fritz** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung generell in der Anwendung der EG-Umwelt-Audit-Verordnung eine Grundlage für die Reduzierung, Deregulierung und Entbürokratisierung im Bereich des Umweltrechts und anderer betrieblicher Überwachungsvorschriften?

44. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über mögliche Gesundheits- und Umweltauswirkungen der von Magnetschwebebahnen erzeugten elektromagnetischen Felder vor, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für den geplanten Transrapid-Verkehr zwischen Hamburg und Berlin?

45. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Liegt der Bundesregierung ein Angebot des französischen Nuklearkonzerns Cogema vor, Atommüll aus deutschen Atomkraftwerken für mehrere Jahrzehnte zu lagern, und unter welchen Bedingungen würde die Bundesregierung auf ein solches Angebot eingehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

46. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung gegen den nicht zuletzt aus einer immer stärker zu beobachtenden Technikfeindlichkeit in Schule und Gesellschaft resultierenden, dramatischen Rückgang der Immatrikulationen an den Technischen Universitäten?

47. Abgeordneter **Franz Thönnes** (SPD)

Mit welchen Maßnahmen untertsützt die Bundesregierung in diesem Jahr das von der EU für 1996 ausgerufene „Europäische Jahr des lebensbegleitenden Lernens"?

48. Abgeordneter **Franz Thönnes** (SPD)

Welche Veranstaltungen und Modellprojekte werden nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung im Rahmen des „Europäischen Jahres des lebensbegleitenden Lernens" in Deutschland durchgeführt?

49. Abgeordneter **Dieter Grasedieck** (SPD)

Welche der von der EU für das 1996 ausgerufene „Europäische Jahr des lebensbegleitenden Lernens" formulierten Ziele werden bereits in den kommenden sechs Monaten in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht?

50. Abgeordneter **Dieter Grasedieck** (SPD)

Mit welchen Veranstaltungen oder durch die Förderung welcher Modellprojekte leistet die Bundesregierung einen eigenständigen Beitrag zum „Europäischen Jahr des lebensbegleitenden Lernens"?

51. Abgeordneter **Stephan Hilsberg** (SPD)

Welche Bildungsabschlüsse besitzen die Teilnehmer an Veranstaltungen oder Projekten, die im Rahmen des „Europäischen Jahres des lebensbegleitenden Lernens" 1996 in Deutschland durchgeführt werden?

52. Abgeordneter **Stephan Hilsberg** (SPD)

Aus welchen Berufen kommen die Teilnehmer an Veranstaltungen oder Projekten, die im Rahmen des „Europäischen Jahres" in Deutschland durchgeführt werden?

53. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Sind der Bundesregierung Berechnungen des US-Energieministeriums bekannt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5. Juni 1996), wonach alle derzeit noch verfügbaren deutschen Brennelemente nur 75 bis 80 kg hochangereichertes Uran (HEU) enthalten und damit die Versorgung des geplanten Forschungsreaktors FRM II nur für zwei Jahre gesichert wäre?

54. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entspricht es den Tatsachen, daß das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie den deutschen Forschungsreaktorbetreibern eine Entscheidung für den Abschluß neuer Verträge mit der Wiederaufarbeitungsanlage im schottischen Dounreay empfohlen hat oder empfehlen wird, und wenn ja, welches sind die Gründe für diese Empfehlung

des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, wo doch das Bundesministerium nach eigenen Aussagen die Option einer Rückführung der abgebrannten Brennelemente in die USA mit höchster Priorität verfolgt?

55. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Bemühungen für die Brennstoffversorgung des geplanten Forschungsreaktors FRM II in Dounreay, wiederaufgearbeitetes hochangereichertes Uran aus deutschen oder ausländischen Forschungsreaktoren zu benutzen, und mit welchen technischen Problemen wäre ein solcher Weg behaftet?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

56. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit die in der Türkei mit türkischen Ehemännern verheirateten deutschen Frauen Erleichterungen in bezug auf Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse erhalten?

57. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stimmt die Darstellung des DER SPIEGEL (vom 10. Juni 1996, S. 28f.), daß es zu einem Veto des Auswärtigen Amtes „wegen erheblicher Gefährdung der außenpolitischen Interessen" gegen die Vergabe einer Unterstützung von 300000 DM durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an die Friedrich-Naumann-Stiftung zur Veranstaltung einer Weltkonferenz tibetischer Exilgruppen gekommen ist aufgrund der Einbestellung des deutschen Botschafters in China durch die chinesische Regierung und der dabei an ihn gerichteten Forderung, die deutsche Regierung möge für die Absage der Konferenz sorgen, und wie interpretiert in diesem Fall die Bundesregierung das „außenpolitische Interesse" Deutschlands vor dem Hintergrund der anhaltenden chinesischen Unterdrückung des tibetanischen Volkes und der Eingriffe in seine kulturelle und religiöse Selbstbestimmung?

58. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, Auskunft über ihr Abstimmverhalten seit Beginn des Jahres 1994 in den EU-Ministerrats-Sitzungen, im K 4-Ausschuß sowie im Ausschuß der Ständigen Vertreter zu geben, nachdem sie die Ablehnung solcher Auskunft hinsichtlich des davor liegenden Zeitraums bislang allein damit begründet hatte (Antwort auf die Kleine Anfrage der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12. Oktober 1994 (Drucksache 12/8569), daß die derartige Informationen explizit regelnde Änderung der Geschäftsordnung des Rates, ein entsprechender „Verhaltenskodex", sowie Ausführungsbestimmungen hierzu, erst im Dezember 1993 beschlossen worden waren, und mit welchem Abstimmungsverhalten seit 1994 in den genannten Gremien zu den einzelnen Akteneinsichtsanträgen von Bürgern, Medien oder Organisationen – insbesondere zu den Anträgen der Financial Times, des Guardian, der Zeitung Journalisten sowie des britischen Staatsbürgers Bunyan – hat die Bundesregierung jeweils versucht, ihren häufigen öffentlichen Bekenntnissen zu mehr Transparenz und größerer Bürgernähe der EU sowie besserem Zugang der Bürger zu EU-Dokumenten auch praktisch Rechnung zu tragen?

59. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung, die sich von Anfang an in besonderer Weise für die Abrüstung der ehemaligen Konfliktparteien in Bosnien-Herzogwina eingesetzt hat, den bedauerlichen Umstand, daß der bereits ausgehandelte Abrüstungsvertrag nach Annex 1 B des Dayton-Abkommens in letzter Minute an Statutsfragen scheitern konnte?

60. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)

Welche Rückfallkonzeption bzw. welche politischen Ausweichszenarien halten die Länder der Kontaktgruppe für den Fall bereit, daß der genannte Abrüstungsvertrag definitiv scheitert, um eine unkontrollierte Aufrüstung der Konfliktparteien in Bosnien-Herzegowina und eine damit verbundene Gefährdung des ganzen Dayton-Friedensprozesses zu verhindern?

61. Abgeordneter
Alfred Hartenbach
(SPD)

Ist eine Sicherheitsleistung von 200 000 Rupien (rd. 9 500 DM) eine Möglichkeit, von der Deutschen Botschaft in Pakistan ein Besuchsvisum für die Bundesrepublik Deutschland zu bekommen?

62. Abgeordneter **Alfred Hartenbach** (SPD)

Warum ist es für die Erteilung eines Besuchervisums für einen pakistanischen Staatsangehörigen nicht ausreichend, wenn ein hier lebender, arbeitender und gut verdienender Verwandter an Eides Statt erklärt, daß er für alle evtl. entstehenden Kosten – einschließlich einer evtl. zwangweisen Zurückführung – aufkommen wird?

63. Abgeordnete **Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast** (SPD)

Unterliegt die Erteilung eines Besuchervisums für die Bundesrepublik Deutschland für junge asiatische Staatsangehörige besonderen Anforderungen, falls ja, unter welchen Voraussetzungen können sie ein Besuchervisum für die Bundesrepublik Deutschland erhalten?

64. Abgeordnete **Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast** (SPD)

Wie viele Visumsanträge von ausländischen Staatsangehörigen zum Besuch bei Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland sind in den vergangenen drei Jahren abgelehnt worden?

65. Abgeordneter **Deltev von Larcher** (SPD)

Müssen philippinische Staatsangehörige, insbesondere Studenten, besondere Voraussetzungen erfüllen, um ein Visum zum Besuch ihrer in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Verwandten zu erhalten, wenn ja, welche Voraussetzungen sind dies?

66. Abgeordneter **Deltev von Larcher** (SPD)

Trifft es zu, daß es keinem asiatischen Staatsbürger möglich ist, für die Bundesrepublik Deutschland ein Besuchsvisum zu erhalten, wenn er oder sie in ihrem Heimatland nicht verheiratet ist?

67. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)

Wen hat die Bundesregierung als Mitglied in den Verwaltungsrat des Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA) entsandt, wer nimmt als Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und des Bundesministeriums des Innern an den Sitzungen des Vorstandes des IfA teil?

68. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)

Was muß nach Ansicht der Bundesregierung geschehen, um das stark beschädigte Vertrauensverhältnis der Mitarbeiterschaft gegenüber der Institutsleitung wieder zu verbessern?

69. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit für eine Neustrukturierung der Gremien des IfA und der Abläufe, und wird sie hier Vorschläge machen?

70. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Würde die Bundesregierung die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung unterstützen, die zu einem Neuanfang für das IfA führen könnte?

71. Abgeordneter **Eckart Kuhlwein** (SPD)

Wann wurden der Bundesregierung erstmals die Vorwürfe vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IfA gegen dessen Generalsekretär Klaus Daweke (siehe u. a. Bericht Stuttgarter Zeitung vom 23. Februar 1996) bekannt?

72. Abgeordneter **Eckart Kuhlwein** (SPD)

Hat die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß das IfA eine wichtige Mittlerorganiation der auswärtigen Kulturpolitik ist, die Mittel in beträchtlichem Umfang aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes erhält, seit Anfang 1996 versucht, Einfluß auf die Entwicklung des Instituts zu nehmen, und welche Möglichkeiten sieht sie, die volle Arbeitsfähigkeit des Instituts wieder herzustellen?

73. Abgeordneter **Siegfried Vergin** (SPD)

Sind nach Ansicht der Bundesregierung jetzt, nachdem die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA (s. Antwort auf Frage 13 in Drucksache 13/4202) ihren Bericht über die Sonderprüfung des IfA vorgelegt hat, die dem Auftrag zugrundeliegenden Fragen geklärt, oder bleiben Fragen offen?

74. Abgeordneter **Siegfried Vergin** (SPD)

Warum ist weder der Rechnungshof Baden-Württemberg noch der Bundesrechnungshof mit der Prüfung des IfA beauftragt worden, obwohl in der Satzung des IfA dem Rechnungshof Baden-Württemberg und dem Bundesrechnungshof Prüfungsrechte eingeräumt werden, und wird beabsichtigt, den Rechnungshof Baden-Württemberg oder den Bundesrechnungshof jetzt noch zu beauftragen?

75. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf Vorwürfe der Ausstellungsabteilung des IfA, der Generalsekretär habe im Widerspruch zur Geschäftsordnung in die Arbeit der Abteilung eingegriffen, und wurde dieser Konflikt von den Vertretern der Bundesregierung in den jeweiligen Gremien thematisiert?

76. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Mit welcher Begründung hat das Auswärtige Amt dem Wunsch des Generalsekretärs entsprochen, für das Vestibül ein bestimmtes Kunstwerk anzukaufen, zu Lasten der sonst dem Ausstellungsdienst für Ankäufe zur Verfügung stehenden Mittel?

77. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die in erster Instanz durch ein indonesisches Gericht gegen den Oppositionspolitiker Sri Bintang verhängte Freiheitsstrafe wegen regierungskritischer Äußerungen in Deutschland, und welchen Beitrag will die Bundesrepublik Deutschland zur Redefreiheit ausländischer Oppositionspolitiker in der Bundesrepublik Deutschland leisten?

78. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung ein Papier von Beamten des Auswärtigen Amtes, das vorschlägt, bei „passender Gelegenheit" – jenseits des 50. Jahrestages des Kriegsendes – die gegenwärtige Einwanderungsregelung für Juden aus der GUS in Frage zu stellen, und zu einer öffentlichen Diskussion geführt hat (DER SPIEGEL 22/1996, AZ 11. Juni 1996), und über welchen Verteiler wurde es verbreitet?

79. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie reagiert die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieses Papieres des Auswärtigen Amtes auf die Behauptung, die gegenwärtige Einwanderungsregelung für Juden aus der GUS führe zu einer Belastung der deutschen Rentenversicherungsträger?

80. Abgeordneter
Cem Özdemir
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung den Autor des Papieres des Auswärtigen Amtes zur Revision der Einwanderungsregelung für Juden aus der GUS (DER SPIEGEL 22/1996, AZ 11. Juni 1996) für weiter tragbar, der in seinem Papier gegen die Einwanderung von Juden nach Deutschland argumentiert?

81. Abgeordneter
Cem Özdemir
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei welcher „passenden Gelegenheit" (DER SPIEGEL 22/1996, AZ 11. Juni 1996) wird die Bundesregierung die Einwanderungsregelung für Juden aus der GUS abschaffen oder beschränken?

Bonn, den 14. Juni 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (0 22 42) 92 40-0, Telefax (0 22 42) 831 79
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333